ZEITSCHRIFT DER WÄHLERGRUPPE
**DIE aNDERE**
JULI 2015

# DIE aNDERE

# 25 Jahre Deserteurdenkmal in Potsdam

02. September 2015

17.00 Uhr – Festakt
Platz der Einheit

18.30 Uhr
Treffpunkt Freizeit

**Es laden ein:**

*Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.*

DIE aNDERE
*Wählergruppe*

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Mitten in der Sommerpause erscheint die neue Wählergruppenzeitschrift, während sich in diesem Frühjahr die Befreiung vom Faschismus zum siebzigsten Mal jährte. Dies war uns Anlass, über die Potsdamer Geschichte und Stadtentwicklung nachzudenken und eine Ausstellung zur NS-Diktatur in Potsdam anzuregen. Dagegen war uns der Platzmangel in einer Babelsberger Grundschule Inspiration, um einen kurzen Blick auf Statistik und Schulplanung zu werfen. Im Themenjahr *„Potsdam bewegt“* wollen wir wissen: Was treibt die Verwaltung dazu, einen Sportplatz im Potsdamer Norden, der gebraucht wird und dem alle schon zugestimmt hatten, nicht zu bauen? Seit bald drei Jahren hat Potsdam einen Lokalen Teilhabeplan, der Wege aufzeigt, wie Potsdam eine inklusive Stadt werden könnte. Inwieweit ist dies bisher gelungen? Wie steht es um die Inklusion von behinderten Menschen auf dem Potsdamer Arbeitsmarkt? Außerdem werten wir ein Novum aus: Im April fand die erste Sprechstunde bei einem unserer Aufsichtsratsmitglieder statt. Wir verraten Euch und Ihnen, mit welchen Fragen und Sorgen Potsdamer*innen zu uns kamen.

Nach den Ferien gehen für DIE aNDERE vier neue Vertreter*innen in die Stadtverordnetenversammlung. Auch das neue Quartett wird unsere Anliegen – faire Mieten, soziale Gerechtigkeit, emanzipatorisch-antifaschistisches Gedenken, Kontrolle der Verwaltung etc. – konsequent vertreten und dabei individuelle Akzente setzen.

Eine schöne Sommerzeit und kurzweilige Lektüre wünscht

CARSTEN LINKE
Fraktionsvorsitzender DIE aNDERE

# INHALT


KURZNOTIZEN 04

STADTRÄUME

ÜBER 1.000 MENSCHEN FÜR EINE „STADT FÜR ALLE – MIETEN RUNTER! VERDRÄNGUNG STOPPEN!“ 06

BLOß KEINE FALSCHEN ERWARTUNGEN WECKEN: DER BÜRGERHAUSHALT ALS DROHKULISSE 08

POTSDAM MACHT SCHULE 10

GARNISONKIRCHE

BÜRGERDIALOG ON ICE 13

GEDENKKULTUR

GEGEN DAS VERGESSEN – FÜR EINEN NEUANFANG IN POTSDAM 14

STÄDTISCHE BETRIEBE

DIE UMSETZUNG DES LOKALEN TEILHABEPLANS – WIE DIE VERWALTUNG SICH UM KONKRETE AUSKÜNFTE HERUMDRÜCKT 23

SPRECHSTUNDE BEIM AUFSICHTSRATSMITGLIED – EIN ZUKUNFTSTRÄCHTIGES KONZEPT 26

KLEINE RECHENECKE

DER ALTERSDURCHSCHNITT IN POLITBÜRO UND GARNISONKIRCHENSTIFTUNG 28

IMPRESSUM 31

## KURZNOTIZEN

### Sitzungsgelder in Aufsichtsräten

Die Sitzungsgelder für Aufsichtsratsmitglieder in städtischen Betrieben sollen kräftig erhöht werden. Das begründet die Rathauskooperation vor allem mit der großen persönlichen Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder, die schwierige Entscheidungen in großen Betrieben fällen müssen und dafür persönlich haftbar sind. Allerdings trifft dies auch auf die Stadtverordneten zu. Warum z. B. ein Mitglied im Werksausschuss des *Kommunalen Immobilienservice* (KIS), der gerade ein Schulneubauprogramm für mehr als 170 Mio. Euro umsetzt, ohne Sitzungsgeld bleibt, aber ein Aufsichtsratsmitglied der *ProPotsdam* 550 Euro pro Sitzung bekommt, leuchtet uns nicht ein. Daher beantragte DIE aNDERE, die Sitzungsgelder in den Aufsichtsräten auf das Zehnfache der Sitzungsgelder zu begrenzen, die in der Stadtverordnetenversammlung oder den Ausschüssen erstattet werden (13 Euro). Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

### Rohrkrepierer Familientarife

Bereits in unserer Ausgabe vom Januar 2015 hatten wir darüber berichtet, dass der Vorschlag der Rathauskooperation zur Einführung von Familientarifen bei den Stadtwerken sozial ungerecht, unökologisch und unausgegoren ist. Nach einer Prüfung durch die Stadtwerke bestehen keine sinnvollen Möglichkeiten, diesen Ansatz umzusetzen. DIE aNDERE hat in den letzten Jahren zahlreiche Vorschläge gemacht, die eine Entlastung für Familien mit Kindern bedeuten würden. Falls die Rathauskooperation hier wirklich etwas tun will, empfehlen wir auch weiterhin Schülertickets und Schulessen kostenlos bereitzustellen oder in die soziale und sportliche Infrastruktur zu investieren.

### Brustvergrößerung statt Geburtshilfe in Bad Belzig?

Nachdem das städtische *Klinikum Ernst von Bergmann* das Krankenhaus in Bad Belzig übernahm, wurde dort die Geburtshilfestation vorerst geschlossen. Das wurde damit begründet, dass nicht genug Fachpersonal zur Verfügung stünde. Vorschläge des Städtischen Krankenhauses Brandenburg, die Versorgung der Station mit einem Personalgestellungsvertrag zu sichern, wurden abgewimmelt. Ein entsprechender Antrag der aNDEREN wurde im Hauptausschuss letztlich abgelehnt. Dennoch könnte die verwaiste Station schon bald wieder eröffnet werden. Mit Schönheitsoperationen und Brustvergrößerungen lässt sich für das Potsdamer Klinikum in Bad Belzig deutlich mehr Geld verdienen als mit dem Erhalt der Geburtshilfe.

### Wer kontrolliert wen?

Im April 2014 hatte Aufsichtsratsmitglied **Andreas Menzel** (Bündnis 90/Grüne) im nichtöffentlichen Teil der *Stadtverordnetenversammlung* (SVV) beklagt, dass er sich von der städtischen Wohnungsgesellschaft nicht hinreichend zu einem Grundstücksgeschäft informiert fühlt. Die *ProPotsdam* hat nun Strafanzeige erstattet. Als Beweis legte sie eine Abschrift des Tonmitschnittes aus der nichtöffentlichen Sitzung vor. DIE aNDERE hat in der Juli-Sitzung der SVV eine Aufklärung der Affäre verlangt und wird sich dafür einsetzen, dass künftig die Aufsichtsratsmitglieder die städtischen Betriebe kontrollieren – und nicht umgekehrt.



### Staubarme Baustellen

Auf Antrag unserer Fraktion beschlossen die Stadtverordneten am 01.07.2015 eine Reduzierung von Feinstaub auf Baustellen. Dazu können z. B. Schüttgüter abgedeckt werden oder eine Wasserberieselung bei Abbruch- und Sägearbeiten erfolgen. Maßnahmen zur Staubminimierung sollen künftig bereits in den Ausschreibungen städtischer Bauleistungen berücksichtigt werden und einen Beitrag zur Luftreinhaltung leisten.

### Kein Ersatz für Fußballplatz Kurfürstenstraße

Die Sportfördersatzung der Stadt Potsdam schreibt vor, dass eine kommunale Sportanlage erst aufgegeben werden darf, wenn eine bedarfsgerechte Ersatzanlage bereitsteht. An diese Bestimmung erinnerte DIE aNDERE in der Kleinen Anfrage zum Bau einer Sporthalle auf einer bisher als Fußballplatz genutzten Fläche in der Kurfürstenstraße (15/SVV/0398 und 15/SVV/0452). Wir würden uns wünschen, dass der für Sport zuständige *Fachbereich 21* bei der Lösung der Sportstättenkrise in Potsdam so viel Erfindungsreichtum entwickelt wie bei der Beantwortung der Frage. Obwohl sich die nutzbare Sportfläche durch die Baumaßnahme deutlich verringert, hält der *FB 21* die Sportfördersatzung für erfüllt. Immerhin wird der Rest der verbleibenden Außensportanlage ja aufgewertet. Dass der Sportstättenbedarf im Sportentwicklungsplan aber nach Nutzfläche (in qm) berechnet wird, ignoriert das Amt ebenso wie die Unterteilung in Hallen- und Freiflächen und die sozialräumliche Lage der Sportanlagen. Diese etwas grobe Methode ermöglicht dann auch, eine etwas größere Hallenfläche für den Schul- und Vereinssport als Ersatz dafür einzurechnen, dass eine Freifläche für den unorganisierten Freizeitfußball bebaut wird. Für die Zeit der Bauarbeiten empfiehlt Amtsleiter **Gessner** den überwiegend jugendlichen Freizeitkickern aus der Innenstadt die Freizeitsportanlage am Schlaatz. Das ist wohl auch der heiße Tipp für die Zeit nach dem Bau. Dann nämlich existiert in der Kurfürstenstraße kein Großfeld mehr zum Fußballspielen. Und in die neue Halle kommen unorganisierte Freizeitfußballer auch nicht hinein.

**Offenbar wissen die unorganisierten Freizeitfußballer nicht, dass ihnen von der Stadtverwaltung die paradiesische Freizeitsportanlage am Schlaatz zur Verfügung gestellt wurde. Auch im Themenjahr *„Potsdam bewegt“* bleibt Potsdam ein breitensportliches Krisengebiet, in dem man improvisieren muss. Auf dem Sportplatz Kurfürstenstraße hat der Kommunale Immobilienservice die Fußballtore abgeräumt. Jugendliche bolzen dort nun ersatzweise auf zwei Bauzaunfelder.**

# ÜBER 1.000 MENSCHEN FÜR EINE „STADT FÜR ALLE – MIETEN RUNTER! VERDRÄNGUNG STOPPEN!“

VON BENNO SOMMER

**Gewitterwolken zogen auf, Endzeitstimmung in Potsdam. Die Mietenexplosion hatte sich schon lange mit einem tiefen Grollen angekündigt. Aber all die Wohnkonzepte, Versprechungen und leeren Worthülsen waren nur ein lächerliches Lüftchen gegen die dunkle Gewitterfront der Mietpreistreiberei. Kaum stellte der *AK Antifa Potsdam* in einem Wortbeitrag vom Lautsprecherwagen fest: „Das Problem heißt Kapitalismus!“ krachte es über der Menschenmenge der Stadt-für-Alle-Demo.**

STADT FÜR ALLE
Mieten runter! Verdrängung stoppen!

Am 13. Juni demonstrierten mehr als 1.000 Menschen für bezahlbaren Wohnraum, gegen Verdrängung und Ausgrenzung. Sie trotzten dem Unwetter. Teils komplett durchnässt, machten sie sich Richtung Innenstadt auf – in diese Innenstadt, in der die Widersprüche zwischen Luxusbauten und sozialer Notlage nicht deutlicher zu Tage treten: Während die Stadt rund 200 bezahlbare Wohnungen im Staudenhof abreißen lassen möchte, wächst nebenan ein pseudobarockes Luxusquartier.

Ausgerüstet mit Schildern wie „Protzdam? - Nein Danke!“, „Ich will nicht nach Zossen“, „Menschen sind keine Ware – Keine Container für Flüchtlinge in Potsdam “, „Keine Profite mit der Miete“ bot die Demomenge ein buntes Bild. Über 50 Gruppen meldeten im Vorhinein der Demo ihre Unterstützung auf der Webseite www.stadtfueralle.de an. Ein breites Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, gegen Verdrängung und Ausgrenzung zeigte, dass in Potsdam nicht alles in Butter ist, und sich die Wohnraumpolitik radikal ändern muss. Auf der Demo wurden etliche Wortbeiträge verlesen. Aktuelle Kämpfe in Potsdam waren ein Thema wie z. B. der Konflikt um die Altbausiedlungen Behlert-Karree, Brauhausberg und Großbeeren/Grünstraße. Der Zusammenschluss dieser Altbausiedlungen mit dem Namen *Mieteschön* kämpft gegen die drohende Vernichtung ihres noch bezahlbaren Wohnraums durch die *ProPotsdam GmbH*.

Ein Gastbeitrag aus Berlin zeigte Lösungsansätze, wie es möglich sein könnte, aus der Krise um knappen Wohnraum und Mietpreistreiberei heraus zu kommen. Die *Initiative Berliner Mietenvolksentscheid* will den Berliner Senat durch ein Volksbegehren dazu zwingen, die staatlichen Wohnungsgesellschaften zu demokratisieren und mehr Geld für sozialen Wohnungsbau locker zu machen.

Viele neue Ideen für Aktionen und Lösungsansätzen wollen wir ebenfalls in Potsdam diskutieren und den Wind der Demo dazu nutzen, einen Sturm zu entfachen, der der dunklen Gewitterfront der Mietpreistreiberei etwas entgegensetzt ...

BS

**Meldet euch bei stadtfueralle@posteo.net und besucht weiterhin unsere Website www.stadtfueralle.de!**

# BLOß KEINE FALSCHEN ERWARTUNGEN WECKEN: DER BÜRGERHAUSHALT ALS DROHKULISSE

VON LUTZ BOEDE

**Eigentlich hatte ich geglaubt, das Anliegen sei so einfach und überschaubar, dass der Antrag gleich beschlossen werden könne – ohne zeitraubende Irrwege durch die Fachausschüsse zu absolvieren. Schließlich ging es um nichts weiter, als einen Auftrag an den Oberbürgermeister zur Durchführung eines Workshops.**

**Vielleicht war es ein Fehler, dafür keine halbe Million Euro zu verlangen wie beim Werkstattverfahren Lustgarten. Der Kämmerer sagt ja immer, dass nichts wert ist, was nichts kostet. Möglicherweise lag es auch daran, dass es uns darum ging, ein Anliegen voranzubringen, das die Bevölkerung mehrfach im Bürgerhaushalt weit vorn platziert hatte.**

… oder einfach mal Potsdam neu denken?
Mietendemo am 13. Juni 2015 in Potsdam (siehe Artikel Seite 06)

Die Rathauskooperation hat in den letzten Jahren ja immer wieder heftige Abwehrreaktionen gezeigt, wenn von ihr selbst ersonnene Bürgerbeteiligungsverfahren dazu führten, dass konkrete Wünsche und Forderungen formuliert wurden. Eventuell fiel unser Antrag aber auch der Strategie zum Opfer, für gravierende städtische Probleme immer mindestens drei Konzepte zu erarbeiten und diese verjähren zu lassen, bevor etwas passiert. Diese Methode wird seit etwa einem Jahrzehnt in der Potsdamer Wohnungspolitik praktiziert. Wie dem auch sei – eigentlich wollten wir lediglich, dass sich die Stadtverwaltung und der *Kommunale Immobilienservice* (KIS) mal einen Samstag lang mit dem *Stadtsportbund* und einigen Vereinen zusammensetzen. Uns schwebte schlichtweg ein konstruktiver Austausch darüber vor, ob auf der Fläche des Sportplatzes Kirschallee neben den vorhandenen Schulsportanlagen und dem großen Kunstrasenplatz noch weitere Sportflächen untergebracht werden können. Dass dieses schlichte Anliegen sowohl im Werksausschuss des KIS als auch in den Fachausschüssen für Finanzen sowie für Bildung und Sport beraten werden musste, verwunderte mich schon. Schließlich kommen die Stadtverordneten ganz ohne Ausschussberatung aus, wenn das städtische Klinikum mal wieder eine neue Tochtergesellschaft gründen möchte oder die Sozialbeigeordnete einmal mehr kurzfristig das Patentrezept für die Flüchtlingsunterbringung in Wohncontainern absegnen lassen will.

In all den Beratungsexzessen um den Workshop zum Sportplatz Kirschallee war das zentrale Argument, dass ohnehin kein Geld vorhanden sei, zusätzliche Sportplätze zu bauen. Dabei ging es uns zunächst auch nur darum, zu klären, ob auf den vorhandenen Sportplätzen mehr Sportflächen untergebracht werden können. Wenn dies möglich ist, müssen schließlich an anderer Stelle im Potsdamer Norden weniger Flächen eingeplant werden, um irgendwann einmal den Sportplatzmangel zu beheben. Eigentlich müsste es doch im Interesse der Stadt liegen, dass begrenzt vorhandene Flächen gut genutzt werden. Derzeit werden die Schulstandorte im Potsdamer Norden hoch und runter diskutiert. Man sollte meinen, es kann nicht schaden, dabei auch im Blick zu haben, wo perspektivisch die in diesem Gebiet dringend benötigten Fußballplätze gebaut werden können.

Selbst diese Vorstellung geht der Stadtverwaltung schon zu weit. Am deutlichsten brachte es KIS-Chef **Bernd Richter** auf den Punkt, der davor warnte, dass ein Workshop nur falsche Erwartungen wecken würde, die die Stadt ohnehin nicht umsetzen wird. Mit der Prophezeiung, dass „das Ergebnis des Workshops dann wieder im Bürgerhaushalt vorn landet“ überzeugte er schließlich das sport- und finanzpolitische Fachpersonal der Rathauskooperation vollständig.

Ich bin gespannt, ob SPD, CDU und Grüne künftig tatsächlich weniger Bürgerdialoge, weniger Workshops, weniger Werkstatt-, Beteiligungs- und Leitbildverfahren beschließen, bei denen Ergebnisse herauskommen könnten, die nicht finanzier- oder umsetzbar erscheinen. Das würde nicht nur viele Enttäuschungen und den Verlust wertvoller Lebenszeit vermeiden. Es könnte auch ein ganz praktischer Beitrag sein, das Geld einzusparen, das zum Bau von Sportplätzen vermeintlich fehlt. Allein das Werkstattverfahren zum Lustgarten kostete so viel wie ein Fußball-Großfeldplatz im Potsdamer Norden.

LB

# POTSDAM MACHT SCHULE

VON VERA DOST

**Stadtentwicklung bedeutet bedarfsgerechte Planung. Wo sollen Wohnungen, Sportplätze, Parks oder Schulen entstehen? Für wie viele Kinder braucht die Stadt Spielplätze? Wo sollen Flächen dafür freigehalten werden? Wie Statistik und Planung zusammenwirken, erklärt *Wolfram Meyerhöfer* (►) anhand der Schulentwicklung.**

Wilhelminisch in der Form, humanistisch im Inhalt: *Goethe-Schule* in Babelsberg

VERA DOST

**Wie entsteht die Datenbasis, die für die Schulentwicklungsplanung benötigt wird?**

WOLFRAM MEYERHÖFER ►

Über das Standesamt und übers Meldeamt. Jede Geburt wird beim Standesamt registriert, die Zuzüge und Wegzüge beim Meldeamt. Deshalb weiß das Schulamt, welche Haushalte angeschrieben werden müssen, wenn es um die Schuleingangsuntersuchung geht. Diese Ämter wissen also, wie viele Kinder in welchem Alter vorhanden sind.

**Wie entstand denn dann die Babelsberger Situation, in der mehr als zwanzig Grundschulkinder keinen Platz fanden?**

Das liegt nicht an der Datenbasis, sondern an der Schulwahlfreiheit, die in Potsdam herrscht. Zum Kontrast: In Berlin gibt es Schuleinzugsbezirke. Jeder Bezirk hat eine Schule, auf die die Kinder gehen müssen. Das führt in Berlin dazu, dass sich Eltern in anderen Wohngegenden bei Bekannten anmelden – ohne dort zu wohnen – damit ihre Kinder auf eine bestimmte Schule gehen können. Oder sie ziehen wirklich in andere Bezirke. Das führt zu einer sozialen Segregation. In Potsdam dürfen Eltern ihre Kinder an jedweder Schule anmelden in der Hoffnung, dass die Einschulung dort klappt. In Babelsberg hat das nun dazu geführt, dass eine Schule mehr Anmeldungen hat, als sie räumlich bedienen kann.

**Aber in Potsdam gibt es doch auch Einzugsschulen, von denen man angeschrieben wird und für die oder gegen die sich Eltern entscheiden.**

Ja, aber es ist nicht so, dass diese Schulen die Kinder nehmen müssen. Das ist in Berlin anders. Wenn ich dort in einem bestimmten Bezirk gemeldet bin, dann muss die Schule mein Kind auch aufnehmen. Wenn in Potsdam eine Schule die Eltern darüber informiert, dass ihr Kind in Bälde schulpflichtig wird, dann heißt es nicht, dass diese Schule gezwungen ist, das Kind aufzunehmen. Die jeweiligen Schulleiter*innen müssen nur die Schulplatzvergabe für die Kinder ihres Schuleinzugsgebietes koordinieren. Sie schicken die Anmeldungen an die Erstwunschschule. Bekommt das Kind dort keinen Platz, dann geht die Anmeldung weiter an die Zweitwunschschule. Weil das ein ziemlich langwieriger Abstimmungsprozess ist, kann es passieren, dass kurz vor Juni Eltern erfahren, dass ihr Kind keinen Platz in der Erst- oder Zweitwunsch-Schule erhält. Dann müssen sie sich bei anderen Schulen informieren, ob es noch Plätze gibt.

**Wäre also die Aufnahmepflicht der Schulen – so, wie in Berlin – eine Lösung dieses Problems?**

Eigentlich nicht. Ich halte die Schulwahlfreiheit für sinnvoll. So kann man eine höchstmögliche Übereinstimmung der Schulprofile mit den pädagogischen Vorstellungen der Eltern erreichen. Das ist aus meiner Sicht wichtig, denn wer sollte gezwungen sein, Kinder z. B. an eine *Montessori-Schule* zu schicken, wenn man das Konzept nicht mag? Die Problematik in Potsdam entsteht, wenn Schulen räumlich ausgelastet sind. Dann können sie nicht mal eben so eine neue Klasse eröffnen, weil sie schlicht keinen Raum haben, in der die Klasse unterrichtet werden kann. Das liegt in Berlin etwas anders. Da scheint es meistens räumlichen Spielraum zu geben. Wenn dort also der Anmeldezeitraum verstrichen ist und sich herausstellt, dass mehr Kinder als geplant angenommen werden müssen, dann wird eine neue Lehrkraft eingestellt, der eine oder andere Hortraum leergeräumt und Bänke und Tische reingestellt. Das geht in Potsdamer Schulen nicht immer.

**Es ist also nicht die Statistik, die hinkt.**

Nein, das denke ich nicht. Im Schulentwicklungsplan stehen für den Zeitraum 2014 – 2020 etwa 7.000 Grundschulkinder an den städtischen Schulen. Das bedeutet für jedes Jahr etwa 1.200 Einzuschulende. In Babelsberg gibt es eine höhere Nachfrage, was nicht heißt, dass insgesamt zu wenig Schulplätze vorhanden sind. Es gibt an anderen Schulen – je nach Lage und Attraktivität der Schule – kleinere Klassen. Dort wäre also Platz. Nur trifft diese Tatsache nicht unbedingt den Wunsch der Eltern nach kurzen Schulwegen oder nach einem bestimmten Profil. Aber generell unterversorgt ist Potsdam momentan aus meiner Sicht nicht. Hinzu kommt das Problem der Privatschulen, an denen derzeit etwa 2.000 Grundschüler*innen lernen, also etwas mehr als 300 pro Jahrgang. Wenn diese Schulen mehr Schüler*innen abschöpfen, dann bleiben die städtischen Schulen leerer, wenn ein paar Eltern weniger als im Vorjahr Lust auf Privatschulen haben, dann muss die Stadt diese Schüler*innen über die Planung hinaus unterbringen. Die Stadt muss hier ständig feinjustieren.

**Das heißt also, dass das Schulentwicklungskonzept solide ist?**

Hm… Es ist jedenfalls nicht offensichtlich fehlerhaft. Solche Konzepte bedürfen einer dauerhaften Überprüfung und Anpassung. Und das geschieht auch. Wenn in einer Gegend zu wenige Schulplätze vorhanden sind, dann wird das natürlich immer zu kritischen Nachfragen führen. Wenn ich Bevölkerungsprognose und Schulentwicklungsplanung nebeneinanderlege, frage ich mich eher, ob wir nicht zu viel bauen. Die Dynamik in der Bevölkerungsentwicklung kann sich ja verändern und muss nicht der Prognose entsprechen. Gutes Beispiel ist das Bornstedter Feld: Prognostiziert war für diese Gegend ein Bauboom nach der *BUGA* – also ab etwa 2002 – und damit einhergehend ein rasanter Anstieg der Grundschulkinder. Nur ist diese Prognose nicht aufgegangen: es hat sich viel langsamer entwickelt, als anfangs gedacht.

**Wo läge also die Lösung für die Unwägbarkeit der Prognose?**

In der Architektur! Es gibt in der Schularchitektur spannende Entwicklungen. Der *Kommunale Immobilienservice* (KIS) arbeitet aber bei der Sanierung und beim Neubau, als hätte sich die pädagogische Arbeit seit hundert Jahren nicht verändert. Zudem baut er nicht für flexible Nutzungen. Wir wissen nicht, wie schnell sich die Neubaugebiete entwickeln und wie lange dann dort wirklich viele Kinder vorhanden sind. Die Schulneubauten sollten also ebenso z. B. als Bürgertreff nutzbar sein. Dann müssen Wände flexibel versetzbar sein, Barrierefreiheit muss vorliegen und gastronomische Versorgung möglich sein usw. Genau das ermöglicht auch die Nutzung entlang verschiedener pädagogischer Konzepte. Der KIS lässt sich auf derartige Gedanken nicht ein. Er versteht unter Umnutzbarkeit, dass ein Gebäude leicht abzureißen oder zu entkernen und dann umzubauen ist. Aber es geht um eingebaute Flexibilität! Mit dem KIS muss man sogar ewig kämpfen, bis er mal einen Wanddurchbruch genehmigt. In Schweden dagegen werden neue Schulen so geplant: Ein Teil des neuen Kollegiums erarbeitet mehrere Jahre vor der Schuleröffnung das pädagogische Konzept, und die Architekten schaffen dann eine Architektur, die das pädagogische Konzept ermöglicht.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

VD



GARNISONKIRCHE

# BÜRGERDIALOG ON ICE

VON ANDRÉ PILZ

**Was gibt's Neues zum Bürgerdialog zur Garnisonkirche? Nach der chaotischen ersten Auftaktveranstaltung im April wurde die zweite angekündigte Veranstaltung gecancelt und der Bürgerdialog passend zum Sommerloch auf's Eis gelegt.**

Wir haben bisher nach einem kurzen Gespräch Anfang Mai nichts mehr von der Stadtverwaltung und dem ausführenden Unternehmen *complan* gehört. Wenn es Gespräche hinter verschlossenen Türen (die PNN berichtete...) geben soll, stehen wir genauso vor verschlossener Tür wie alle anderen Potsdamer*innen auch.

Die grundsätzlichen Probleme des Bürgerdialogs kristallisierten sich bei der Auftaktveranstaltung heraus: Zum Einen ignorierte der Oberbürgermeister die Warnung vor einer unfairen Parteinahme seinerseits. Es kam zum Eklat, als der Oberbürgermeister als „Moderator" gemeinsam mit dem *Mitteschön*-Mob den Vertreter der *Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche* (BI) anbrüllte, so dass dieser seinen Kurzvortrag über Verfahrensvorschläge nicht mehr fortführen konnte. Sichtlich überrascht waren die Garnisonkirchenbefürworter*innen, dass die BI-Vertreter*innen Fairnessregeln vorschlugen, um einen gleichberechtigten Dialog zu ermöglichen. Eigene Vorschläge oder konstruktive Beiträge machten die Rekonstruktionsfans nicht.

Während die BI-Vertreter*innen über Verfahrensfragen diskutieren wollten, stellte *Mitteschön*, die *Fördergesellschaft für den Wiederaufbau* und die *Garnisonkirchenstiftung* in mehreren Wortbeiträgen klar, dass sie keinerlei Interesse daran haben, über den Garnisonkirchenturm zu sprechen. Wir fragen uns, warum sie dann überhaupt an einem Bürgerdialog teilnehmen möchten?

Um dem Bürgerdialog über die Garnisonkirche ein Fünkchen Sinn zu geben, wollen wir über offene Fragen in einer gleichberechtigten und öffentlichen Diskussion reden: z. B. warum die kalkulierte Baukostenhöhe beim Garnisonkirchenprojekt schon seit Jahren stagniert; woher die (wenigen) Spenden kommen; wer dafür haftet, wenn in Potsdam eine Bauruine vom fehlgeschlagenen Nachbauprojekt übrig bleibt usw. Auch die Frage, was mit dem Grundstück passieren könnte, wenn die Baugenehmigung in ein paar Jahren ausläuft, ist für eine öffentliche Diskussion ein spannendes Thema.

AP

# GEGEN DAS VERGESSEN – FÜR EINEN NEUANFANG IN POTSDAM

VON CARSTEN LINKE

**Der 70. Jahrestag der Befreiung – im Land Brandenburg endlich ein Gedenktag. Befreit vom Hitlerfaschismus. Von Deutschland soll nie wieder ein Krieg ausgehen, hieß es einmal. Deutschland kämpft mittlerweile wieder an allen Fronten dieser Welt – militärisch, politisch und ökonomisch. Vergessen scheinen oftmals Wirkung und Ursache, wenn die letzten Kriegstage und die Nachkriegsjahre diskutiert werden. Vergessen scheinen oft auch die Ursachen für die Machtergreifung der Nationalsozialisten: der Nährboden aus Obrigkeitsdenken, preußischen Traditionen und sogenannten deutschen Tugenden.**

**Bemühte Kontinuitäten: Postkarte mit den Porträts von *Friedrich II.*, *Bismarck*, *Hindenburg* und *Hitler* / *Hans vom Norden*, um 1933**

In den letzten Monaten wurde nicht nur der Befreiung der Konzentrationslager, dem *Tag von Potsdam*, der *Nacht von Potsdam*, der Kapitulation **Hitlers** u.v.a. mehr gedacht oder darüber diskutiert. Manchmal sogar sehr differenziert. Eine Stadt im Diskurs? Noch nicht! Vor einigen Wochen sollte das „Bürgerbeteiligungsverfahren Plantage – Rechenzentrum – Garnisonkirche“ starten. Stand der Dinge: Fehlstart; weil nicht klar ist, was das Ziel sein soll, welche Regeln gelten und wer das Verfahren führt. Das Verfahren ist die Reaktion von *Stadtverwaltung* und *Garnisonkirchenstiftung* auf das Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche (GK). Diese Kirche – speziell der Kirchturm – ist zum SYMBOL geworden. Zum Symbol für den Umgang mit Geschichte, für Retro- oder Pseudo-Stadt-„Entwicklung“, für ein barockes Disneyland. Für wen ist diese Stadt? Wessen Leitbild folgen wir?

Im Nachfolgenden soll es vor allem um die geschichtliche Dimension dieses Symbols gehen. Natürlich kann mann/frau eine Kirchenkopie auch rein architektonisch oder städtebaulich diskutieren. Selbst als eigene Angelegenheit einer Religionsgemeinschaft können Kirchenbauten diskutiert werden. Aber all diese isolierten Betrachtungen greifen zu kurz; speziell bei diesem Vorhaben. Gebäude sind oft auch Mahnmale. Viele Gebäude sind zu einem Symbol geworden: Das *Brandenburger Tor* oder der *Fernsehturm* sind Symbole für das geeinte Berlin; das *Schloss Sanssouci* für Potsdam oder der *Palast der Republik* für die DDR. Es wird oft die Frage gestellt: Darf man die Steine der Gebäude in Haftung nehmen? Ja, weil sie zu einem Gebäude gehören, welches als Machtsymbol errichtet wurde. Die Heilssprechung der Befürworter, die Garnisonkirche wurde von den Nazis missbraucht, ist längst widerlegt. Diese Militärkirche wurde den Nazis regelrecht aufgedrängt bzw. drängte sich ihnen auf: durch den Pathos, der diesen Ort umgab und durch die reaktionären Kräfte, die glaubten, in **Hitler** ihre Marionette gefunden zu haben.

## Geschichte und Gedenken

Ja, diese Militärkirche ist ein Symbol preußisch-deutscher Geschichte, auch wenn sie längst nicht mehr steht. Der 21. März 1933 gehört zu dieser Garnisonkirche wie der 18. Mai 1848 zur *Frankfurter Paulskirche*. Auch das Foto von **Hitler** und **Hindenburg** vor der Kirche hat eine Symbolik, die weit über das reale Ereignis des Momentes der Aufnahme hinausgeht. Es spielt keine Rolle, ob die Begrüßung oder die Verabschiedung fotografiert wurde. Es symbolisiert die Staffelstabübergabe vom nationalkonservativ-nationalistischen zum nationalsozialistisch-faschistischen Deutschland und hängt nicht ohne Grund in nahezu jeder jüdischen Gedenkstätte dieser Welt. Ebenso wie es keine Bombardierung Potsdams (*Nacht von Potsdam* im April 1945) ohne den *Tag von Potsdam* gegeben hätte, hätte es keinen *Zweiten Weltkrieg* gegeben ohne die gesellschaftlichen Umstände, die den *Tag von Potsdam* – und somit die Machtübernahme der Nazis – überhaupt ermöglichten. Es war kein Selbstläufer. Es hätte verhindert werden können!

**André Francois-Poncet** beschreibt die Zeit des Frühjahrs 1933 in seinem Buch *Botschafter in Berlin 1931–1938* sehr facettenreich. Es wird deutlich, dass das bürgerliche und nationalkonservative Lager regelrecht **Hitler** den schwarz-weiß-roten Teppich ausgerollt

hat, auf dem die Nazis dann umjubelt marschierten. *„Die Deutschnationalen, die Konservativen, die Monarchisten lassen die Fahne des Kaiserreichs flattern, die Nationalsozialisten die (schwarz-weiß-)rote Hakenkreuzfahne."* Verbrieft ist auch, dass in Berlin mehr Hakenkreuzfahnen hingen und in Potsdam mehr die des längst vergangenen Kaiserreiches. Diese Beflaggung scheint symptomatisch: Berlin mit dem Blick voraus und Potsdam mit dem Blick in die Vergangenheit.

Im Kapitel *Die Potsdamer Komödie* wird von **Francois-Poncet** auch detailliert erläutert, warum dieser Ort der Machtübergabe gewählt wurde. Er räumt mit dem Gerücht auf, dass die Kirche für eine Inszenierung der Nazis herhalten musste: *„Die Potsdamer Garnisonkirche ist für Preußen eine Art Heiligtum."* schreibt er treffend und erinnert an glorreiche und große Erinnerungen und Generationen, *„die hier ihre Seele in Ehrfurcht vor Gott beugten, erfüllt von Disziplin und Vaterlandsliebe, Erinnerungen an ein strenges und soldatisches Deutschland, reich an kriegerischen und staatsbürgerlichen Tugenden, die Erinnerung auch an ein Herrschergeschlecht, das Deutschland zur Größe und auf den Gipfel der Macht führte."* Der Botschafter mutmaßt *„Wenn Hitler hier die Abgeordneten des Dritten Reiches zu einem feierlichen Staatsakt versammelt, kann er sicher sein, der romantischen Phantasie seines Volkes ein großes Symbol zu bieten."*

Die Rechnung ging auf. Und wer heute diesen Ort originalgetreu aufbauen will, scheint ebenso romantisch verklärt zu sein oder wischt bewusst Bedenken und Empfindungen Andersdenkender und der NS-Opfergruppen beiseite. Diese Kirche war nicht nur die Kulisse für den *Tag von Potsdam*, sondern der Hort jahrzehntelanger Huldigung dieses preußisch-nationalistischen Geistes. **Matthias Grünzig** hat dies recherchiert und u.a. in der FAZ vom 29. Oktober 2014 publiziert. Bereits am 24. November 1919 fand in der Garnisonkirche eine Kundgebung der *Deutschnationalen Volkspartei* (DNVP) mit **Erich von Ludendorff** statt, auf der eine Wiedereinführung der Monarchie und ein neuer Krieg gefordert wurden. 14 Monate später beschimpfte Hofprediger **Johannes Vogel** auf einer weiteren DNVP-Veranstaltung im Gotteshaus die Republik als *„Armen- und Irrenhaus"* und erging sich in antisemitischen Verschwörungstheorien. Die Liste derartiger Veranstaltungen ist lang **(siehe Seite 18)**. Bereits beim NSDAP-Aufmarsch am 04. April 1932 wurde die Garnisonkirche in Absprache mit der Gemeinde geöffnet und von SA-Männern festlich ausgeschmückt. Aber auch nach dem *Tag von Potsdam* folgten zahlreiche NS-Propagandaveranstaltungen in der so glorreichen Kirche. Höhepunkte bildeten Fahnenweihen der NSDAP, der *Hitlerjugend*, der NS-Kriegsopferversorgung und Kundgebungen zum „Tag des Staatsrates" oder des *Reichsarbeitsdienst*. Der *Gautag* der NSDAP am 20. Juni 1936 ist zu nennen. Ebenso die Staatsbesuche der Verbündeten. Faschisten wie **Mussolini** (Italien) oder **Matsuoka** (Japan) waren Gäste in der GK.

Diese Hof- und Garnisonkirche ist wie ein Brennglas antidemokratischer Bestrebungen. Den Un-Geist des *Tages von Potsdam* beschreibt **Francois-Poncet** u.a. so: *„Das nationalsozialistische Deutschland wird den Geist von Weimar – Weimar, Antithese von Potsdam – brechen … und wird diese unglückselige Zeit vergessend, an Vergangenes anknüpfen, an eine Vergangenheit, die ohne Makel war …"* Der 21. März 1933 ist auch der Jahrestag des ersten Reichstages, den **Bismarck** 1871 im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin einberief. *„Der Schatten des Eisernen Kanzlers wird sich dem Schatten Friedrichs des Großen beigesellen, um in der geheiligten Halle* [der Garnisonkirche] *den Mann zu empfangen, dessen Ehrgeiz es scheint, ihr Werk fortzusetzen".*

Die Zeitungen waren danach voll von diesem Pathos, voll von nationalistischem Geist und demokratiefeindlicher sowie antikommunistischer Hetze. Sie rührten das Herz all jener Männer, *„die sich als Hüter wahrer preußischer Traditionen fühlten, … das Herz Hindenburgs und seiner Freunde, der monarchistischen Junker und Barone, Hugenbergs und seiner Deutschnationalen, der Mitglieder des Stahlhelms und der Verbände ehemaliger Frontkämpfer, das Herz der Reichswehroffiziere …"* ähnlich wie heute der Anblick alter Postkarten mit dem barockem Kirchturm das Herz der Aufbaubefürworter und Nostalgiker rührt.

## Neuanfang und Versöhnung

*„Die Würfel sind gefallen":* So betitelte die PNN am 30. April 2015 einen lesenswerten Beitrag zur Einweihung des *NS-Dokumentationszentrums* in München. Da, wo einst das *„braune Haus"* stand (Parteizentrale der NSDAP), steht heute ein weißer Würfel. Es wurde nicht die historische klassizistische Hülle des braunen Hauses, des Adelspalais', unweit des klassizistischen Vorzeigeplatzes – des Königsplatzes – errichtet, sondern ein modernes Haus. Jahrzehnte voller Diskussionen gingen dieser Einweihung voraus. 1947 wurde die Ruine endgültig abgerissen, nachdem das Gebäude 1945 stark zerstört wurde. Das Grundstück blieb bis 2012 unbebaut. München hatte den Mut zur Lücke und die Moral zur Aufarbeitung.

Geschichts- und Politikwissenschaftler der Stadt Potsdam sind sich einig: Potsdam fehlt eine eigene Ausstellung zur NS-Zeit. Vielleicht fehlt auch ein gesonderter Ausstellungsort? Die Spuren der Nazizeit in Potsdam sind vielfältig: der *Reichsjugendtag* der *Hitlerjugend* im Oktober 1932, das *NS-Erbgesundheitsgericht* und der *Volksgerichtshof* in der Lindenstraße, das Außenlager des *KZ Sachsenhausen* auf dem Unigelände am Griebnitzsee, die Zwangsarbeit in den Babelsberger Fabriken u.v.a. mehr. Viele Fragen sind offen; speziell zum Leben der Juden, deren Ausgrenzung und Verfolgung. Auch kleine Details sind klärungsbedürftig. Lassen sich Belege für die allbekannte These finden, dass Graf **Helldorf**, Polizeipräsident von Potsdam, einer der Anstifter zum Reichstagsbrand im Februar 1933 war?

Erst kam **Max Klaars** Initiative zum Aufbau der Kirchenkopie und viel später die Debatte zum Inhalt. Das funktioniert nicht. Weder die *Stiftung Garnisonkirche*, die *Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche*, noch die Kirchgemeinde wissen bis heute, mit wem und unter welchem Banner sie sich konkret versöhnen wollen. Mit den Gegnern des Vorhabens jedenfalls nicht, sonst würden sie öffentlich bekunden, dass sie die befristete Baugenehmigung ruhen lassen, um wirklich einen ergebnisoffenen Dialog in der Stadt zu ermöglichen.

Versöhnung mit wem? Mit den Opfern des *Zweiten Weltkrieges* und denen der NS-Diktatur beispielsweise? An diesem Ort? Gute Idee! Das schließt aber ein, dass der Ort etwas mit

Standort einer Kirche, Ort höchster Deutungsdichte Potsdams, Projektionsfläche, Vakuum
(Bild aus der Präsentation des Bürgerdialogs am 29.04.2015)



den Verbrechen des *Zweiten Weltkrieges* zu tun hat. Das schließt ein, dass die Hof- und Garnisonkirche etwas damit zu tun hat. Wer zum Versöhnungsgedanken ja sagt, kann nicht ernsthaft behaupten, dass diese Kirche nichts mit dem NS-System und dem dazugehörigen Gedankengut zu tun hatte. Warum sonst sollte speziell diese Kirche ein geeigneter Ort für die Versöhnung mit den Weltkriegsopfern sein? Greifen nicht alle Kirchen dieses Thema in ihrer sonntäglichen Arbeit auf? Und wenn dieser Ort ein authentisches Symbol für die nationalkonservativ-nationalsozialistische Geschichte dieser Stadt und dieses Staates geworden ist, dann muss kein „brauner Turm“ entstehen. Dann könnte es auch ein andersfarbiges andersförmiges Gebäude sein, um dem Versöhnungsgedanken gerecht zu werden.

## Mythos und Wahrheit

Ja, es gab auch eine *Heilig-Geist-Kirche* im Gebäude der ehemaligen Garnisonkirche; nach dem Krieg, zu DDR-Zeiten. Diese Gemeinde hatte wenig mit dem Geist und der Tradition des Hauses zu tun. Wer dies als Argument für die Errichtung der barocken Kopie benutzt, sollte die Errichtung einer *Heilig-Geist-Kirche* fordern und auf preußische Insignien, Wetterfahne und Brimborium verzichten. Auch die, die sich dem Nagelkreuzgedanken von Coventry verpflichtet fühlen, müssen gegen die goldene Wetterfahne – Preußens Glanz – intervenieren und dürfen nicht die Verbannung des Nagelkreuzes als gottgegeben hinnehmen. **Paul Oestreicher**, der emeritierte Leiter der *Nagelkreuzgemeinschaft* nannte die GK das Herz des kirchlichen Militarismus und registrierte im vergangenen Jahr selbst ein Abrücken von *Stiftung* und *Fördergesellschaft für den Wiederaufbau* von einem geschichts- und gesellschaftskritischen Nagelkreuzzentrum. Seiner Meinung nach zielen die Bemühungen der Verantwortlichen *„in der Hauptsache auf ein Stück Restauration des städtischen und preußischen Kulturerbes“* ab.[1] Auch dem frisch gewählten Chef der *GK-Fördergesellschaft*, **Matthias Dombert**, geht es darum, *„Potsdam ein Wahrzeichen wiederzugeben“*.[2] Das Projekt *„hochzustilisieren, als sei das ein Unternehmen von nationaler Bedeutung, wäre dem Gedanken eines Friedenszentrums abträglich“*, resümierte **Oestreicher** und äußerte öffentlich Sympathie für die Wiederaufbaugegner.

Es stimmt, Christen brauchen keine Garnisonkirche![3] Die Garnisonkirche braucht Christen, evangelische Christen mit Geld, weltfremde Mäzene oder Firmengelder à la „Historywashing“. Die evangelische Kirche ist die größte Glaubensgemeinschaft in der Region Berlin-Brandenburg. Trotzdem ist sie nicht in der Lage, bestehende Gotteshäuser instand zu halten. Dankbar und erschreckend gedankenlos haben jüngst zahlreiche evangelische und katholische Gotteshäuser in und um Potsdam rund sechs Millionen Euro von **Max Klaar** und anderen Geschichtsrevisionisten angenommen. Ein paar Groschen für einen Geschichtskurs für manche*n Pfarrer*in sollten dabei drin sein!

1 www.die-kirche.de / Nr. 43, 26.10.2014
2 Potsdamer Neueste Nachrichten vom 22.06.2015
3 http://www.christen-brauchen-keine-garnisonkirche.de/erklaerung.html

Aber auch bei der öffentlichen Hand wird der Klingelbeutel aufgehalten. Die Instandsetzung der Kirchen wird jährlich mit ca. fünf Millionen Euro aus Landesmitteln bezuschusst. Die Stadt hat allein im Rahmen der Städtebauförderung unzählige Euro[4] für die Sanierung von Nikolaikirche, Friedrichskirche und Kirche am Neuendorfer Anger ausgegeben. Die Straßenverlegung am angedachten Standort der Garnisonkirche hat die Stadt bezahlt. Vom Bund sind 400.000 Euro aus Mitteln der Gedenkpolitik geflossen. Die Gedenkstätte zum *Vernichtungslager Klinkerwerk Sachsenhausen* ging hingegen leer aus. Selbst das geplante Bürgerbeteiligungsverfahren und die vorbereitenden Gespräche bezahlt die Stadt und nicht die Kirche. Interessant dabei ist auch, dass der Oberbürgermeister **Jann Jakobs** den 25 Jahre alten B-Plan-Beschluss zur Gestaltung des Areals selbst schon infrage gestellt hat und nicht mehr für zwingend zeitgemäß hält.

Nein, der Vergleich mit der Dresdener Frauenkirche eignet sich nicht. Die Ruine war vorhanden und zu DDR-Zeiten ein gut besuchtes Mahnmal gegen Krieg und Zerstörung. Die Frauenkirche ist keine 100-Prozent-Nachbildung.

Nein, die Garnisonkirche war kein Ort des Widerstandes, auch wenn einsichtige Menschen wie **Henning von Tresckow** dort zum Gottesdienst gingen. Nur weil ein Bibliothekar in eine Kirche geht, ist diese Kirche noch lange kein Lesesaal. Auf die späte Erkenntnis und Motivation der *Verschwörer des 20. Juli* möchte ich hier nicht eingehen.

Ja, der Kirchturm war ein Stadtbildprägendes Element. Das ist das Hotel Mercure heute auch. Was schön ist, ist in beiden Fällen umstritten. Jede Zeit hat ihre eigenen Ausdrucksformen, auch in der Architektur. Warum wird dies dem 21. Jahrhundert in dieser Stadt verwehrt? Wem das Stadtbild oder der *Drei-Kirchen-Blick* wichtig ist, dem genügt gegebenenfalls auch eine Hülle mit anderer Funktion, oder ein Gebäude, welches die Silhouette wiedergibt. Der Architekt **Frank Augustin** hat dazu mit seinem Stahlgitterturm einen interessanten Vorschlag gemacht. Alle Argumente der Befürworter von Stadtbild und Versöhnung könnten sich darin wiederfinden. Die Funktion des zu errichtenden Gebäudes und nicht deren Hülle sind dabei primär.

Ja, der Kirchturm, nicht aber die Kirche insgesamt wäre in den 60er Jahren zu retten gewesen. Alle Finger zeigen in diesem Zusammenhang auf **Ulbricht** und seine Genossen. Natürlich waren die Machthaber von einst keine Kirchgänger oder Preußenliebhaber. Eine weitere akribische Arbeit des Journalisten **Matthias Grünzig** zeigt, dass die evangelische Kirche selbst nicht ganz unbeteiligt war an der Entscheidung zum Abriss des historisch belasteten Gebäudes. **Manfred Stolpe** sagte laut Protokoll vom 18. Juni 1965, dass *„Bischofsverwalter Jacob und Generalsuperintendent Horst Lahr kein besonderes Interesse an der Garnisonkirche“* hätten und *„Der Tag von Potsdam ist auch uns bekannt“*. Mit **Grünzigs** These konfrontiert, dass die evangelische Kirche in der 60ern eher auf neue Gemeindezentren als auf den Wiederaufbau zerstörter Kirchen setzte, sagte **Stolpe** jüngst über die Garnisonkirche: *„Das Kirchenschiff war total Ruine. Wegen der Finanzlage habe wenig Hoffnung bestanden, dass man das Schiff wiederaufbauen könnte“*.[5]

Das Hin und Her der bisherigen Debatte zur Funktion des Gebäudes zeigt deutlich, dass von Anfang an ein falscher Ansatz zu Grunde lag und alle nachfolgenden Heilungsversuche nur an den Symptomen, aber nicht an der Ursache ansetzen. Ständig wurden neue Funktionen für eine alte Hülle herbeigeredet und mit prominenten Namen verknüpft. Nun auch noch die Queen. Ein königlicher Stein für die Hohenzollerngruft. Frei nach dem Motto: Adel schlägt sich – und verträgt sich. Der Deal mit der Queen wurde ausgerechnet von **Katherina Reiche** eingefädelt, die uns schon die Gedenktafel für den bekennenden Faschisten **Siegfried Wagner** in der Kurfürstenstraße beschert hat. Doch was haben all die großen Namen genutzt? Nichts. Die Baukosten steigen von Jahr zu Jahr wie bei jedem Projekt dieser Größe (aus den 100 Millionen Euro sind mittlerweile nach groben Schätzungen schon 250 Millionen Euro geworden). Nur die Spenden werden nicht mehr! Warum wohl? Selbst nach einem Jahr gibt es weniger Unterstützer im weltweiten Web für das Projekt (12.828 am 22. Juni 2015) als Unterschriften von Potsdamer*innen beim Bürgerbegehren *„Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“*. Und diese 14.285 gültigen Unterschriften wurden 2014 in nur knapp 3 Monaten gesammelt!

## Fazit und Wunsch

In München hat es fast 70 Jahre gebraucht, bis an der Stelle der *NSDAP-Parteizentrale* ein sehenswertes *NS-Dokumentationszentrum* eröffnet wurde und aus der *„Hauptstadt der Bewegung“* die *„Stadt mit Herz“* und Gewissen wurde. Potsdam warb zu Zeiten der Olympischen Spiele 1936 mit dem Slogan *„Potsdam – Stadt Friedrich des Großen; Geburtsstätte des Dritten Reiches“*. 2015 gibt es das Motto: *„Potsdam bewegt“*.

Ich wünsche mir für Potsdam, dass wir keine weitere Generation brauchen, um an einer historisch so bedeutenden Stelle, wie an der Breiten Straße, einen wahren Neuanfang zu realisieren. Diese und nachfolgende Generationen brauchen sicherlich ein echtes Versöhnungszentrum, brauchen eine Stätte der Aufarbeitung des preußisch-deutschen Militarismus und der NS-Zeit in Potsdam. Sie brauchen keine pseudo-barocke Garnisonkirche.

Wir brauchen einen Neuanfang für diesen Ort.
Wir brauchen einen Akt der Befreiung!

CL

[4] „Unzählig“ deshalb, weil die Stadtverwaltung nicht in der Lage war, eine kleine Anfrage der Fraktion DIE aNDERE in Euro und Cent zu beantworten

[5] Vgl. dazu Märkische Allgemeine Zeitung vom 23.04.2015
Historiker: Stolpe hatte kein Interesse an Garnisonkirche

**Info**

Ausgewählte Veranstaltungen in der Garnisonkirche zwischen den Weltkriegen / Quelle: **Matthias Grünzig**, FAZ 29.10.2014

| | |
|---|---|
| **24.11.1919** | **Kundgebung der DNVP für die alte Monarchie und neue Kriege** |
| **18.01.1921** | **Veranstaltung der DNVP mit Hofprediger Vogel gegen die Weimarer Republik** |
| **01.03.1925** | **Heldengedenkfeier des Reichskriegerbundes mit Weltherrschaftsträumen** |
| **13.06.1926** | **Kundgebung des Deutschen Ostbundes zur „Kulturüberlegenheit“ gegenüber den Slawen und mit der Forderung der Zerschlagung Polens** |
| **07.05.1927** | **Bund der Frontsoldaten – Stahlhelm, mit der Forderung zur Eroberung neuer Lebensräume und der Errichtung eines Führerstaates** |
| **14.06.1928** | **Hetzveranstaltung des Deutschen Offiziersbundes gegen volksfremde Elemente** |
| **06.08.1928** | **Bund deutscher Marine-Vereine mit der Forderung der Rückeroberung ehemaliger deutscher Kolonien** |
| **22.06.1930** | **Bismarckjugend der DNVP beschwor an dem Tag ein Großdeutsches Reich samt Österreich und Sudetengebieten** |
| **04.04.1932** | **NSDAP-Aufmarsch mit SA-Festakt** |
| **21.03.1933** | **Tag von Potsdam mit den Hauptfiguren Paul von Hindenburg und Adolf Hitler; Bündnis von Deutschnationalen und Nationalsozialisten** |
| **29.08.1933** | **Fahnenweihe der NSDAP** |
| **16.09.1933** | **Tag des Staatsrates (NSDAP)** |
| **24.01.1934** | **Kundgebung des Reichsarbeitsdienstes und Fahnenweihe der Hitlerjugend. Der Geburtstag von Friedrich II. und der Todestag des Hitlerjungen Herbert Norkus sind der Anlass, in der Garnisonkirche 342 Bannern der Hitlerjugend (HJ) die sogenannte Blutweihe zu geben. In Anwesenheit des Reichsjugendführers Baldur von Schirach kommen die Fahnen mit der „Blutfahne der deutschen Jugend“ in Berührung.** |
| **24.01.1935** | **Fahnenweihe der NS-Kriegsopferversorgung** |
| **20.06.1936** | **Gautag der NSDAP Mark Brandenburg beginnt; Göbbels spricht am 21.06.** |

Weitere „nennenswerte Termine“ in diesem Zusammenhang (www.potsdam-chronik.de):

| | |
|---|---|
| **10.03.1933** | **In einem Schreiben an den Reichsminister des Innern wird mitgeteilt: „Der Gemeindekirchenrat der Zivilgemeinde der Garnisonkirche in Potsdam hat beschlossen, die Garnisonkirche für den feierlichen Akt zur Eröffnung des Reichstages zur Verfügung zu stellen.“** |
| **31.03.1933** | **Reichstagspräsident Goering dankt Oberbürgermeister Rauscher für die hervorragende Ausschmückung Potsdams am 21. März.** |
| **07.04.1933** | **Die Stadtverordnetenversammlung wählt Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Hitler einstimmig zu Ehrenbürgern** |
| **24.04.1934** | **Eröffnung der Reichsführerinnen-Schule des BDM in Potsdam durch Reichsjugendführer Baldur von Schirach. Er unterstreicht die Bedeutung Potsdams für die nationalsozialistische Erziehung der deutschen Jugend: ”Aus dem ganzen Reich kommt die Jugend jetzt in die Stadt, in der die preußische Tradition geboren wurde. Der Begriff Preußentum hat hier seinen Mittelpunkt. Wir führen uns als seine Träger: denn für uns ist Preußentum der Opfergang des Ichs zur selbstlosen Kameradschaft. Die Verbindung dieses Preußengeistes mit dem der Hitler-Jugend und des wahren Sozialismus wird die Schulung schaffen, die notwendig ist.“** |



**STÄDTISCHE BETRIEBE**

# DIE UMSETZUNG DES LOKALEN TEILHABEPLANS – WIE DIE VERWALTUNG SICH UM KONKRETE AUSKÜNFTE HERUMDRÜCKT

VON POLLY PIEL

**„Teilhabe für alle, dieser Titel beschreibt ein herausforderndes Ziel. Wir wissen, dass auf diesem Weg noch viele Barrieren zu beseitigen sind.“ Diese Worte aus der Einleitung des Lokalen Teilhabeplans sind nur allzu wahr. – Wie es in Potsdam um die Teilhabe von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt bestellt ist und wie die Verwaltung sich dazu verhält.**

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die von der BRD 2009 ratifiziert wurde, „verpflichtet die Vertragsstaaten in Artikel 27, Schritte zu unternehmen, um Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im privaten Sektor durch geeignete Strategien und Maßnahmen zu fördern.“[6] Der öffentliche Sektor sind in Potsdam die städtischen Unternehmen: die *ProPotsdam*, die *Stadtwerke*, das *Klinikum Ernst von Bergmann* und das *Hans-Otto-Theater*. Die Umsetzung der UN-BRK in der BRD findet ihre gesetzliche Form im Sozialgesetzbuch IX (SGB IX). Darin wird festgelegt, dass Arbeitgeber*innen, die durchgängig mehr als 20 sozialversicherungspflichtige Angestellte haben, nicht weniger als fünf Prozent der Arbeitsplätze an Menschen mit Behinderung vergeben dürfen. Kleinere Betriebe sind ebenfalls verpflichtet, behinderte Menschen zu beschäftigen, allerdings in geringerem Umfang.

Die Fraktion DIE aNDERE wollte wissen, ob die städtischen Unternehmen dieser Regelung nachkommen. Im April stellte sie eine kleine Anfrage (15/SVV/0337), um zu erfahren, ob der Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung in städtischen Unternehmen gestiegen ist, seit die Stadtverordnetenversammlung den Lokalen Teilhabeplan beschloss.

6 *Teilhabe für Alle!* Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam 2012, p. 70.

Laut Stadtverwaltung stieg die Anzahl behinderter Menschen zwischen 2012 (9,25 %) und 2014 (11,21 %). Der Lokale Teilhabeplan resümiert, dass vor fünf Jahren die gesetzliche 5-Prozent-Quote in Potsdam erfüllt wurde. Berechnungsgrundlage waren die insgesamt vorhandenen Stellen, die von öffentlichen und privaten Arbeitgebern zusammengenommen vorhanden waren. Dabei lagen die öffentlichen Arbeitgeber leicht über, die privaten deutlich unter den geforderten fünf Prozent.[7] Erfüllt ein Unternehmen nicht die Regelung des SGB IX, wird eine Ausgleichsabgabe erhoben. So finanzieren Unternehmen, die gegen die Regelung der UN-BRK verstoßen, die „Hilfen für die Arbeits- und Beschäftigungsförderung schwerbehinderter Menschen".[8]

## Eiertanz um Auskünfte

Die Stadt Potsdam hat 45 öffentliche Arbeitgeber. Der Lokale Teilhabeplan ist auf dem Stand von 2012. Falls die Angaben zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in städtischen Betrieben nach wie vor stimmen, dürfte kein städtisches Unternehmen zu einer Ausgleichsabgabe verpflichtet sein. In der kleinen Anfrage 15/SVV/0255 wird nachgefragt, ob die *ProPotsdam* Ausgleichsabgaben leisten muss und falls ja, in welcher Höhe. Die Antwort fiel wenig erhellend aus. Zuerst wird bestritten, dass die Stadtverordneten Recht auf diese Auskunft haben: „Auskunftsanspruch besteht zur Kontrolle der Verwaltung in Angelegenheiten, in denen die Verbandskompetenz der Landeshauptstadt Potsdam gegeben ist. Gegenstand eines Anspruchs nach § 29 Abs. 1 BbgKVerf können jedoch keine internen Vorgänge von Gesellschaften sein". Dann wird behauptet, die angefragten Informationen dienten nicht der Kontrolle der Verwaltung (d.h., ob die Verwaltung den beschlossenen Teilhabeplan umsetzt, könne nicht über diese Frage beantwortet werden). Auch der Beauftragte der Landeshauptstadt für Menschen mit Behinderung verfügt nicht über Informationen, ob ein städtisches Unternehmen wie die *ProPotsdam* die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt: „Die hier angefragten Informationen dienen nicht der Kontrolle der Verwaltung und liegen insbesondere dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung nicht vor."[9] Heißt das, dass ausgerechnet demjenigen, der von der Stadt dafür bezahlt wird, die Anliegen von Menschen mit Behinderung zu vertreten und der Teil der Stadtverwaltung ist, die erfragten Informationen nicht vorzuliegen haben? Soll er nicht wissen, wie es um die von ihm vertretene Menschengruppe innerhalb der städtischen Unternehmen bestellt ist? Wieso?

Nachdem der Fraktion DIE aNDERE nachdrücklich klargemacht wurde, dass sie eine ungehörige Frage gestellt hatte, wird dann doch noch der Hauch einer Antwort erteilt: Die Beschäftigung von Behinderten bei der *ProPotsdam* steigt kontinuierlich, die Bewerbungsverfahren verlaufen anonymisiert und reduzieren damit Diskriminierungen und außerdem versucht die *ProPotsdam* durch die Zusammenarbeit mit Behindertenwerkstätten, „noch verbleibende Pflichten zur Zahlung von Ausgleichsabgaben zu reduzieren."[10] Was heißt das? Falls es trotz der erfüllten 5-Prozent-Quote und der kontinuierlichen Steigerung der Beschäftigung Behinderter noch eine verbleibende Verpflichtung zu Ausgleichzahlungen gibt, stimmt entweder die Angabe im Lokalen Teilhabeplan nicht, oder die *ProPotsdam* hat die Quote nicht erfüllt.

Nachdem die Antwort auf die erste Kleine Anfrage mehr verwirrte als erhellte, hakte DIE aNDERE erneut nach (15/SVV/0367). Wieder heißt es in der Antwort, dass „interne Vorgänge von Gesellschaften" nicht zum Informationsanspruch von Stadtverordneten gehören.[11] (Nicht zu vergessen: Es geht um die städtischen Unternehmen und den von den Stadtverordneten beschlossenen Teilhabeplan, dessen Umsetzung wiederum nicht von den Stadtverordneten kontrolliert werden darf.) Obwohl also die Verwaltung glaubt, die Antwort schuldig bleiben zu dürfen, wird zugegeben, dass die *ProPotsdam* tatsächlich zu jenen Arbeitgebern gehörte, welche eine Ausgleichsabgabe zu zahlen hatten.[12]

## Über die *ProPotsdam* hinaus

Wie sieht es in den anderen städtischen Unternehmen aus? Auf der Internetseite der Stadt findet sich der Beteiligungsbericht 2013,[13] in welchem die Bürger*innen einsehen können, was die städtischen Betriebe und Unternehmen für Ausgaben und Einnahmen haben, wie viele Personen sie beschäftigen, wie die Geschäftsführung zusammengesetzt ist, wer das Kontrollgremium stellt usw.

Für die *Energie und Wasser Potsdam GmbH* (EWP) werden insgesamt 435 Arbeitende angegeben. Wie viele davon Menschen mit Behinderung sind, kann man dem Beteiligungsbericht nicht entnehmen. Es gibt bisher keine Übersicht, welche das Personal der städtischen Unternehmen nach diesen biographisch relevanten Kriterien aufschlüsselt. Und wie oben berichtet, werden diese Auskünfte in Potsdam auch nur ungern und zögerlich gegeben. Jedoch finden sich im Protokoll des Hauptausschusses vom 13. Mai 2015 einige Angaben, die hier weiterhelfen können.

Demnach arbeiten derzeit in der EWP 23 Behinderte. Damit erfüllt die EWP die geforderte Quote. Die ViP erfüllt die Quote mit fünf, die STEP mit sechs und die Stadtbeleuchtung mit 9,5 Prozent. Vorausgesetzt, die angegebenen Zahlen stimmen. Das *Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH* hat laut Beteiligungsbericht 1.620 Mitarbeiter*innen, davon laut Protokoll des Hauptausschusses 58 mit Behinderung. Also liegt das Klinikum mit 3,5 Prozent auch unter der gesetzlichen Quote.

Vielleicht stellt DIE aNDERE demnächst einmal eine kleine Anfrage, wie hoch die Ausgleichszahlungen des städtischen Klinikums sind? Vielleicht gibt es ja auch einmal eine richtig informative Antwort?

PP

7 Vgl. ebenda p. 71.
8 Vgl. ebenda p. 70.
9 15/SVV/0255. Hervorhebung von mir, P.P.
10 Ebenda, Hervorhebung von mir, P.P.
11 Ebenda.
12 Die *ProPotsdam* beschäftigte 2012 sechs, 2013 acht und 2014 neun Menschen mit Behinderung. Ebenda.
13 http://vv.potsdam.de/vv/produkte/173010100000008365.php.media/14049/19._Beteiligungsbericht_2013__zum_31.12.2013_.pdf

STÄDTISCHE BETRIEBE

# SPRECHSTUNDE BEIM AUFSICHTSRATSMITGLIED – EIN ZUKUNFTSTRÄCHTIGES KONZEPT

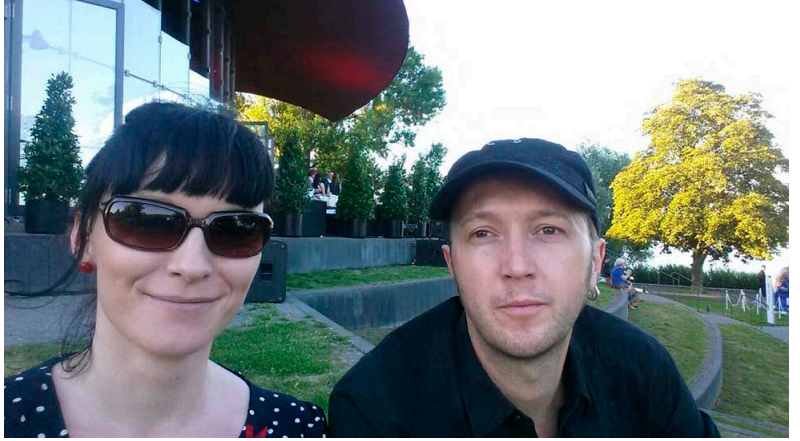
VON ARNDT SÄNDIG

**Das gab es bislang nicht: Sprechstunde bei einem Mitglied des Aufsichtsrates eines kommunalen Unternehmens Potsdams.**

Gern verwehren Oberbürgermeister und Beteiligungsmanagement Antworten auf *Kleine Anfragen* zu den kommunalen Unternehmen der Stadt mit dem Hinweis darauf, dass die kommunalen Töchter eigenständige und als GmbH organisierte Unternehmen sind und die Verwaltung nicht auskunftsberechtigt sei oder selbst keine Informationen besitze. Das ist schon deshalb erstaunlich, weil es sich bei den Unternehmen – zum Teil zu einhundert Prozent – um städtisches Eigentum handelt. Mit der Organisation dieser Unternehmen als GmbH werden die Unternehmen auch für die Stadtverordneten intransparenter und sind schwerer zu kontrollieren.

Und das Ganze hat Methode. Denn mit den Umsätzen der kommunalen Unternehmen lassen sich Projekte außerhalb des normalen Haushaltes der Stadt fördern, ohne dass sich Rathauskooperation und Oberbürgermeister dabei allzu sehr in die Karten bzw. in die Finanzen schauen lassen müssen. Durch die kommunalen Unternehmen verfügt Potsdam über eine Art Schattenhaushalt. So entwickelt die *ProPotsdam* bspw. die Speicherstadt aus dem Unternehmensvermögen und plant dort neben einem Hotel u. a. Wohnungen, die die Bestandsmieter*innen der *ProPotsdam* aufgrund der zu erwartenden Mieten ohnehin nie von innen kennenlernen werden. Doch Zahlen zur defizitären wirtschaftlichen Bilanz der Speicherstadt-Erschließung kann die Stadt mit Hinweis auf die Eigenständigkeit der *ProPotsdam* verweigern.

Seit einigen Monaten sitzt DIE aNDERE in den Kontrollgremien des Klinikums, der EWP, des Sanierungsträgers und der *Luftschiffhafen GmbH*. Und schon seit ein paar Jahren verfügt DIE aNDERE über einen Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam*. Auch in den Räten setzt sich unsere Fraktion für eine andere kommunale Unternehmenskultur ein. Städtische



Betriebe müssen vorrangig der kommunalen Daseinsvorsorge dienen, transparent wirtschaften und sich sozialen und ökologischen Grundsätzen verpflichtet fühlen.

Aufsichtsratsmitglieder der Fraktion DIE aNDERE bieten nun seit Neuestem Sprechstunden für die Bürgerinnen und Bürger an. DIE aNDERE unterstützt die kommunalen Unternehmen durch die Sprechstunden dabei, die Bodenhaftung zu wahren, konkret: ein Ohr an den realen Bedürfnissen der eigenen Kund*innen zu behalten. Den Anfang der Sprechstundenserie machten *ProPotsdam*-Aufsichtsratsmitglied **Arndt Sändig** (▲) und die ehemalige Fraktionsvorsitzende **Jenny Pöller** (▲), die sich am 17. April 2015 den Anregungen und Fragen der Bürger*innen zur *ProPotsdam* stellten.

Aller Anfang ist schwer. Nicht alle Bürger*innen Potsdams erwarten sich von einem Besuch im Stadthaus Gehör oder sogar Lösungsansätze für ihre Anliegen. Doch schon zur ersten Sprechstunde im Raum 124 ergaben sich für die beiden anwesenden Vertreter*innen unserer Fraktion einige interessante Gespräche.

So wollte ein besorgter Bürger in Erfahrung bringen, wie die *ProPotsdam* zusätzlich zu ihren vielen anderen Aufgaben auch noch den in Potsdam notwendigen Schulneubau mit etlichen Millionen Euro unterstützen könne und ob die eigentliche Aufgabe der *ProPotsdam* – bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen – trotzdem noch zu stemmen sei. Eine junge Potsdamerin erfragte, warum das Unternehmen gleich mit drei Geschäftsführern agiere und weshalb es trotz des vielen Geredes über Geschlechtergleichheit bislang keine Geschäftsführerin gäbe. Schließlich sorgte sich ein rüstiger Potsdamer, wozu die *ProPotsdam* auf *Potsdam TV* Werbung schalte, obschon es in der Realität kaum noch freie Wohnungen gibt, die man bewerben könne oder müsse. Und wie viel *Potsdam TV* für diese Art Sponsoring eigentlich erhalte. Kurz vor Ende der Sprechstunde schaute auch noch die Sozialbeigeordnete **Müller-Preinesberger** herein, hatte augenscheinlich kein *ProPotsdam* bezogenes Anliegen, unterhielt sich aber dennoch gut.

DIE aNDERE resümiert einen guten Start für das Konzept „Sprechstunde beim Aufsichtsrat“ und wird 2015 weitere Sprechstunden anbieten und ggf. darüber berichten.

AS

KLEINE RECHENECKE

# DER ALTERSDURCHSCHNITT IN POLITBÜRO UND GARNISONKIRCHENSTIFTUNG

VON LUTZ BOEDE

**Als wir vor einiger Zeit mal beim Bier zusammensaßen, fragte jemand, warum die *Garnisonkirchenstiftung* eigentlich die Satzungsbestimmung aufgehoben hat, die die Mitgliedschaft nur bis zu einem Höchstalter von 75 Jahren erlaubt. Einige meinten, das sei eine nette Geste, um *Manfred Stolpe* auch weiterhin zu behalten. Andere wiesen darauf hin, dass es generell in der christlichen Versöhnungsszene einige Nachwuchssorgen gäbe. Schließlich fragten wir uns, wie lange das Kuratorium in gleicher Besetzung weitermachen muss, um das Durchschnittsalter des *Politbüros* zu erreichen. *Sandro Szilleweit* griff schließlich zu Papier und Taschenrechner.**

Erst einmal wurden alle Mitglieder des Kuratoriums der *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* (SGP) nach den Angaben der offiziellen Homepage auf einen Schmierzettel notiert. Da im Altersvergleich der Systeme Herkunft und Beruf nicht zählen, haben wir Bezeichnungen wie Oberst und Militärbischof weggelassen. Danach haben wir per Google-Recherche die Geburtsjahrgänge ermittelt. Da über die Kuratoriumsmitglieder fast ausnahmslos eigene Wikipedia-Seiten oder andere Internetpräsentationen existieren, war dies weitgehend problemlos. Nur bei **Maren Otto** kamen wir etwas ins Schwitzen. Zunächst fanden wir nur eine Quelle, die davon sprach, dass sie 2011 46 Jahre mit **Werner Otto** verheiratet war. 2015 liegt dieses Datum 50 Jahre zurück. Geht man davon aus, dass zur Hochzeit zumindest die Volljährigkeit gegeben war, müsste **Maren Otto** also mindestens 68 Jahre alt sein. Diese Schlussfolgerung wurde schließlich durch die *WELT* gestützt, die am 25.11.2013 über die 72-jährige **Maren Otto** schrieb. Da die Zeitung in der Sendung *Die Anstalt* kürzlich als „die BILD für VERmieter“ bezeichnet wurde, nehmen wir diese Quelle als seriös an. In der Familie weiß man einfach, wie alt die Mitglieder sind. Wir gehen davon aus, dass **Maren Otto** heute ca. 74 Jahre alt ist.

| | Geburtsjahr | Alter |
|---|---|---|
| **Jörg Schönbohm** | 1957 | 78 Jahre |
| Prof. Dr. Dr. h. c. **Wolfgang Huber** | 1942 | 73 Jahre |
| Dr. **Irmgard Schwaetzer** | 1942 | 73 Jahre |
| **Burkhart Franck** | 1941 | 74 Jahre |
| Dr. **Martin Dutzmann** | 1956 | 59 Jahre |
| Dr. Dr. h. c. **Manfred Gentz** | 1942 | 73 Jahre |
| **Jann Jakobs** | 1953 | 62 Jahre |
| Prof. Dr. **Sabine Kunst** | 1954 | 61 Jahre |
| Dr. **Hans-Hubertus Mack** | 1954 | 61 Jahre |
| **Matthias Platzeck** | 1953 | 62 Jahre |
| Dr. **Sigurd Rink** | 1960 | 55 Jahre |
| Dr. **Manfred Stolpe** | 1936 | 79 Jahre |
| **Gerd von Brandenstein** | 1942 | 73 Jahre |
| Dr. **Joachim Zehner** | 1958 | 57 Jahre |
| **Maren Otto** | unbekannt | 74 Jahre |

Insgesamt bringt das Kuratorium der Garnisonkirchenstiftung 1.014 Jahre Lebenserfahrung ein. Dies entspricht bei 15 Personen einem Altersdurchschnitt von 67,6 Jahren.

So viel mussten wir bei den Mitgliedern des *Politbüros des ZK der SED* zu unserer Überraschung gar nicht rechnen. Das Internet-Lexikon *Wikipedia* bietet eine Aufzählung aller Politbüromitglieder der einzelnen Wahlperioden an. Dabei wird das Alter jedes Genossen ebenso angegeben wie der Altersdurchschnitt des jeweiligen Gremiums.

Nach der 10. Sitzung des *ZK der SED* im November 1989 war das letzte Politbüro folgendermaßen zusammengesetzt:

| | Alter |
|---|---|
| **Hans-Joachim Böhme** | 59 Jahre |
| **Werner Eberlein** | 69 Jahre |
| **Wolfgang Herger** | 54 Jahre |
| **Werner Jarowinsky** | 62 Jahre |
| **Heinz Keßler** | 69 Jahre |
| **Egon Krenz** | 52 Jahre |
| **Siegfried Lorenz** | 58 Jahre |
| **Hans Modrow** | 61 Jahre |
| **Wolfgang Rauchfuß** | 57 Jahre |
| **Günter Schabowski** | 60 Jahre |
| **Gerhard Schürer** | 68 Jahre |

*Wikipedia* gibt ein Durchschnittsalter von 60,8 Jahren an. Wir haben nachgerechnet. 669 Lebensjahre durch 11 Politbüromitglieder ergeben einen Schnitt von 60,81 Jahren.
Allerdings vermerkt *Wikipedia* auch: Auf dieser mehrtägigen, emotionalen ZK-Tagung erfolgte nun die große Abrechnung. Die Politbüromitglieder **Horst Dohlus** (64), **Werner Krolikowski** (61), **Willi Stoph** (75), **Alfred Neumann** (79), **Erich Mückenberger** (79), **Hermann Axen** (73), **Kurt Hager** (77), **Horst Sinderman**n (74), **Erich Mielke** (82), **Harry Tisch** (62) und **Günther Kleiber** (58) mit einem Durchschnittsalter von 71,3 Jahren traten zu Beginn der Tagung von all ihren Ämtern und Funktionen zurück.

Offenbar ist das Politbüro 1989 wenig repräsentativ, da der Normalzustand bereits durch Glasnost und Perestroika verzerrt wurde. Werfen wir also einen Blick zurück auf die Entwicklung des Durchschnittsalters in den Politbüros der DDR-Geschichte.

In den 60er und 70er Jahren betrug das Durchschnittsalter regelmäßig teilweise sogar deutlich unter 60 Jahren. Es erhöhte sich in den 80ern und lag in dieser Zeit ständig zwischen 62 bis 65 Jahren. Das letzte vor dem Einfluss der politischen Wende in der DDR gebildete Politbüro hatte 1986 22 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 63,6 Jahren. Nach der 9.Tagung des ZK der SED im Oktober 1989 gehörten dem Politbüro 18 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 67,3 Jahren an. Damit erreichte das Politbüro 1989 seinen höchsten Altersdurchschnitt und lag nur noch geringfügig (0,3 Jahre) unter dem aktuellen Altersschnitt des Kuratoriums der *Stiftung Potsdamer Garnisonkirche*.

Mit dem Überschreiten dieser Werte scheiterten sowohl die DDR (Abwicklung bis zur Volkskammerwahl 1990), als auch der Aufbau der Garnisonkirche (Bürgerbegehren für Auflösung der SGP).

Damit liegt der erste empirische Befund vor, dass das Überschreiten eines Durchschnittsalters von 67 Jahren in einem Gremium offenbar in einem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der von ihm repräsentierten Idee steht. Ob die Vergreisung dabei Ursache oder Wirkung des Zerfallsprozesses ist, wird in vertiefenden Berechnungen und Studien zu untersuchen sein.

LB



aNZEIGE

Buchladen
sputNik
Charlottenstr 28 - 14467 Pdm
www.buchladen-sputnik.de

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam / JULI 2015

V.i.S.d.P. **DIE aNDERE**
c/o JAN WENDT
**Gutenbergstraße 60**
**14467 Potsdam**

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:
LUTZ BOEDE, VERA DOST, CARSTEN LINKE, POLLY PIEL, ANDRÉ PILZ, ARNDT SÄNDIG, BENNO SOMMER

Gestaltung:
MARCUS GROßE / INTERKRAFT@WEB.DE

## Denkmal für den unbekannten Deserteur von *MEHMET AKSOY*

## 25 Jahre in Potsdam

**Seit dem 02. September 1990 steht das von *MEHMET AKSOY* geschaffene *„Denkmal für den unbekannten Deserteur“* auf dem *Platz der Einheit* in der Landeshauptstadt Potsdam. Der Steinblock mit dem Abdruck eines geflohenen Menschen durfte in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn nur auf einem Tieflader stehend enthüllt und für eine Stunde im öffentlichen Raum präsentiert werden. Mit seinem Umzug nach Potsdam wurde am 02. September 1990 erstmals in der Bundesrepublik ein öffentlicher Gedenk- und Erinnerungsort für die Menschen geschaffen, die sich weigerten, ihre Mitmenschen zu töten. Das Deserteur-Denkmal ist ein politischer Ort und dies im mehrfachen Sinne. Mit ihm wurde ein politisches Zeichen zum Thema Desertion allgemein und konkret für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure gesetzt. Das Deserteur-Denkmal ist seit seiner Aufstellung Ausgangsort und Treffpunkt schon jetzt unzähliger Demonstrationen. Und das Deserteur-Denkmal kann mit seiner Botschaft in den heutigen und künftigen Konflikten dieser Welt ein Prüfstein des eigenen Handelns sein.**

**Wir möchten am Mittwoch, den 02. September 2015 daran erinnern, wie das *„Denkmal für den unbekannten Deserteur“* nach Potsdam kam. Wir werden über andere Deserteur-Denkmäler berichten. Und wir wollen diesen Tag mit Musik feiern.**

## Programm 02. September 2015

**17:00 Uhr**
**Festakt am Denkmal**
**Platz der Einheit**

**Grußworte:**
**Oberbürgermeister *JANN JAKOBS* (angefragt),**
***MEHMET AKSOY* (angefragt),**
***LUDWIG BAUMANN* (Wehrmachtsdeserteur)**

**17:45 Uhr**
**Stadtführung zum *Treffpunkt Freizeit* mit dem Themenschwerpunkt *Desertion in der Garnisonstadt Potsdam***

**18:30 Uhr**
**Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten**

**Gesprächsrunde 1 (ca. 45 min):**
***Wie das Denkmal von Bonn nach Potsdam kam...***
**– *Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer* (N.N.),**
***Bonner Friedensplenum* (N.N.),**
***SASKIA HÜNEKE* (Bündnis 90/Grüne)**

**Gesprächsrunde 2 (ca. 45 min):**
***Die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und die Deserteurdenkmäler***
**– *LUDWIG BAUMANN* und *GÜNTHER KNEBEL***
**(Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz)**

**20:30 Uhr Abschlusskonzert:**
***Sogenannte Anarchistische Musikwirtschaft***